Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Geöffnet für Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.
Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 227. Donnerstag den 15. August 1878. 72. Jahrgang.

† † †

Schnell und unerwartet hat uns der Tod in tiefe Trauer versetzt!
Am Abend des 13. August starb nach kurzem Krankenlager und nachdem er noch zwei Tage vorher unter uns thätig gewesen war,

Herr Stadtrath Buchhändler **Wilhelm Theodor Ferdinand Einhorn.**

Wir verlieren in ihm nicht nur einen Collegen, der sich durch die vorzüglichen Eigenschaften Seines Herzens und die schlichte, makellose Reinheit Seines Charakters unsere Liebe im reichsten Maße erworben hat, sondern auch einen treuen, zuverlässigen Mitarbeiter, der mit reichem Wissen ausgerüstet eine Freude hatte, Seine Kraft dem Wohle unserer Stadt widmen zu können.
Wir so begleiten wir Ihn mit inniger Trauer, zugleich aber auch dankbaren Herzens zum frühen Grabe. Sein Andenken wird stets bei uns wie Seinen Mitbürgern in Ehren gehalten werden!
Leipzig, am 14. August 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Messerschmidt.

Bekanntmachung.

Nachdem den Herren **Bär & Hermann** von uns Erlaubniß zur Aufstellung von Placatsäulen und Anbringung von Placattafeln ertheilt worden ist und die Genannten angezeigt haben, daß sie diese Einrichtungen vom 15. d. M. ab dem Publicum zugänglich machen werden, so bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß von diesem Tage an alles und jedes Anschlagen von Placaten an Commungebäuden und den der Commun gehörigen Einfriedigungen nicht mehr gestattet ist.

Leipzig, den 13. August 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Messerschmidt.

Bekanntmachung.

In der innern Stadt sollen die bisher gepflasterten Fußwege von Hauseingängen, welche ferner nicht als Einfahrten zu dienen haben, mit Granitplatten belegt und diese Arbeiten an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamte, Rathhaus, Zimmer Nr. 1, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Granittrottoirs vor Hauseingängen in der innern Stadt"

versehen ebendahin und zwar bis zum 25. August l. Js. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 14. August 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Der neue Reichstag.

Die schwere Wahlcampagne, welche hinter uns und deren letzte Zuckungen in den ihrem Ende nahenden Stichwahlen in die Erscheinung treten, hat den Reichskanzler gezeigt, daß die compacte große Majorität, auf welche seine Politik sich so lange mit Erfolg stützte, bis seine wirthschaftlichen Lieblingspläne greifbarere Gestalt annahmen, nicht stark genug ist zu zertrümmern ist, wenn auch Theile derselben nach rechts abschwenkten und eine Reihe Mitglieder des neuen Parlamentes an die Conservativen verloren ging. Nachdem der Appell an das Volk gestellt, wird der Reichstag am 9. September zusammentreten und seine Legislatur beginnen unter den Nachwirkungen der durch die Wahlschlacht erregten Leidenschaften. Trotzdem die äußerste verfassungsmäßig zulässige Termin gewählt wurde, so treten wir doch, schreibt die N.-L. C., in die Arbeiten der Gesetzgebung unmittelbar aus der Wahlbewegung ein, aus einer Wahlbewegung, deren Aufregung und an Heftigkeit des Parteihasses bisher nicht ihres Gleichen in Deutschland hatte. Die gewaltige Erregung, in der die Wahlen vollzogen wurden, wird sich auch im Reichstage noch sehr mächtig fühlbar machen, zumal die Abgeordneten nicht in eine ruhige, trockene Arbeiten eintreten, sondern gleich in die Berathung einer Vorlage gehen müssen, die an sich geeignet ist, die Gegensätze schroff aneinander prallen zu lassen. Man muß mit äußerster Spannung einem Schauspiel entgegensehen, wie sich in der praktischen Arbeit die Parteien des Reichstags zu einander und zu der Regierung stellen werden. Glätten, ebnen und abschleifen sich im Laufe der gesetzgeberischen Arbeiten die Härte und Schroffheit, die während der Leidenschaft des Wahlkampfes sich herausgebildet hat. Doch aber kann es nicht fehlen, daß bittere Nachwirkungen eines Kampfes zwischen Elementen zurückbleiben, die im Grunde auf einander angewiesen sind, sich zu ergänzen und gemeinsamer Gegner sich zu erwehren haben. Auch in dem neuen Reichstage erscheinen diejenigen Parteien, die dem Reiche jener Befestigung der nationalen Einheit feindlich gegenüberstehen, dem Ausbau der Reichsgesetzgebung principieller Opposition stets im Wege sind, das Centrum und die kleineren antinationalen Gruppen, in einer Stärke, die an die Hälfte der Gesammtzahl fast heranreicht. Diesen Elementen darüber, die auf alle Fälle als Hindernisse einer ersprießlichen Entwickelung des politischen Lebens der Nation zu betrachten sind, haben die conservativen und die liberalen Fractionen, die in nahezu gleicher Stärke im Reichstag erscheinen, die Pflicht und Aufgabe, sich zu verständigen und soweit es irgend geht zusammenzuhalten, soll nicht unsere Gesetzgebung und unser politisches Leben in einem unfruchtbaren zersetzenden Parteikampf oder in absoluter Negation aufgehen. Das Zusammenwirken der liberalen und conservativen Parteien war auch unter die Vorbedingung für ein positives Resultat unserer gesetzgeberischen Arbeiten, und die gemäßigten Elemente von beiden Seiten haben jetzt die ernste Pflicht, den Riß, der durch dies Zusammenwirken der reichserhaltenden Kräfte gegangen ist, so viel wie möglich zu schließen. Die frühere Unbefangenheit, das alte Vertrauen, welches zwischen einigen Parteien, auf die zu positiver Arbeit bei dem Boden unserer Reichsinstitutionen allein zu rechnen ist, wie zwischen dem liberalen Theile der Volksvertretung und der Regierung bestand, ist freilich durch den uns aufgezwungenen Kampf stark erschüttert worden. Wir glaubten uns wenn auch in wichtigen Einzelfragen mit der Regierung verschiedener Meinung, so doch mit den großen Grund- und Richtungsfragen der nationalen Politik des Reichskanzlers einverstanden, und mußten plötzlich hören, daß der ganze Liberalismus, der im Verein mit den conservativen Bestrebungen so Vieles und Großes erreicht hat, sei ein schlimmer und unversöhnlicher Feind der gegenwärtigen Regierung nicht nur, sondern überhaupt jeder starken Staatsgewalt. Wenn Dem so wäre, so müßte sofort auch dieser Reichstag wieder aufgelöst werden, oder die Reichsregierung müßte vielmehr überhaupt darauf verzichten, eine Volksvertretung zu Stande zu bringen, mit der sich ersprießlich zusammenarbeiten, Gesetze geben und regieren läßt. Die grelle Unwahrheit, mit der der Kampf gegen den gesammten Liberalismus geführt wurde, ist denn freilich auch bereits an ihrer eigenen inneren Haltlosigkeit zu Schanden geworden. Schon wird wieder an das alte vertrauensvolle Verhältniß zwischen den gemäßigten Elementen conservativer und liberaler Richtung appellirt, und wenn erst die gesetzgeberischen Arbeiten mit dem neuen Reichstag beginnen, wird die Verständigung mit den Nationalliberalen die Aufgabe der Regierung sein. Es ist durch diese Wahlen der Beweis erbracht, daß der gemäßigte Liberalismus ein Factor in unserer Volksvertretung ist, dessen Existenz und Unverdrängbarkeit eine besonnene Regierung ein für allemal anerkennen, und ihre politische Rechnung danach einrichten muß. Die conservative Majorität, die diesmal unter wunderbar günstigen Zeitumständen nicht zu Stande gekommen, ist als ein Traum zu betrachten, auf dessen Verwirklichung nüchterne und praktische Staatsmänner ihre Berechnungen niemals wieder aufbauen dürfen. Soweit die N.-L. C.

Ein ersprießliches Resultat in der Gesetzgebungsarbeit wird aber — und das hoffen wir — erreicht werden, wenn Liberale und Conservative sine ira aber cum studio an die Prüfung der Vorlagen der Regierung gehen und auf Grund des bestehenden verfassungsmäßigen Zustandes des Reiches sich selbstlos in den Dienst des Vaterlandes stellen. Die Mehrheit des deutschen Volkes ist des parlamentarischen Fractions-Terrorismus herzlich überdrüssig und wünscht, daß ihre Vertreter im Reichstage das sein werden, was sie billig sein sollen: Staatsmänner, welche dafür sorgen, daß die nationalen Interessen des Landes keinen Schaden nehmen.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 14. August.

Der „Reichsanzeiger" meldet, daß der Kaiser die Handbäder aufgab, da dieselben eine vortreffliche Wirkung erzielt hätten. Gegenwärtig weilt der Minister des Innern, Graf Eulenburg, in Teplitz. Aus Kassel wird vom 12. August berichtet: Nachdem nunmehr das Erscheinen Sr. Majestät des Kaisers zu den im September in Niederhessen stattfindenden großen Manövern feststeht, ist die Errichtung einer Riesen-Zuschauertribüne in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Wabern (Station der Main-Weserbahn, 33,9 Ko. = 4½ Mi. von Kassel entfernt) genehmigt worden. Berechnet ist die Tribüne, welche nach der vorliegenden Zeichnung 3346 Fuß lang und 56 Fuß tief werden wird, für 10,000 Personen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Zahl Derjenigen, welche aus dem ganzen Reiche kommen, um den Kaiser zum ersten Male wieder an der Spitze seiner Truppen zu sehen, eine außerordentlich große sein wird.

Die neue Session des Bundesraths beginnt heute und ist demselben sofort bei dem Zusammentritte die Socialistenvorlage zugegangen. Die Bemerkung der „Kreuzztg.", daß die Leitung der Verhandlungen des Bundesraths in der Folge nicht mehr der Präsident des Reichskanzleramts Hofmann, sondern der Graf Stolberg übernehmen werde, ist — wie officiös gemeldet wird — weder neu noch zutreffend. Graf Stolberg kann selbstverständlich als Generalstellvertreter des Reichskanzlers auch den Vorsitz im Bundesrathe übernehmen. Ob Graf Stolberg aber den Vorsitz immer oder in der Regel übernehmen wird, ist eine andere Frage, jedenfalls wird die geschäftliche Leitung der Arbeiten des Bundesraths auch ferner Herrn Hofmann zufallen, wenn derselbe auch, da er auf Grund des Stellvertretungsgesetzes nicht mit der ständigen Stellvertretung des Reichskanzlers in seinem Ressort — abgesehen von den Finanzangelegenheiten — beauftragt werden kann, die dem Bundesrathe zu machenden Vorlagen nicht mehr unterzeichnet. Nach der „Kreuzzeitung" waren erst von drei Regierungen theils zustimmende, theils erläuternde Erklärungen zu dem preußischen Entwurf eines Socialistengesetzes eingegangen. Wahrscheinlich zogen die meisten Regierungen vor, ihre Bevollmächtigten zum Bundesrath direct mit Informationen zu versehen, so daß der Bundesrath in der Lage sein wird, die Berathung der vom preußischen Justizministerium entworfenen und vom Reichsjustizamte revidirten Vorlage ungesäumt zu beginnen. Vermuthlich wird der preußische Entwurf des Socialistengesetzes überhaupt nicht bekannt, sondern der Bundesrath wird wahrscheinlich nur die von ihm gutgeheißene Vorlage emaniren lassen, und dies geschieht voraussichtlich auch erst kurz vor Beginn der Reichstagssession.

Stichwahlen. Im 4. Berliner Wahlkreise fand eine größere Weberversammlung statt, in welcher darüber Beschluß gefaßt werden sollte, ob die Weber bei der bevorstehenden Stichwahl dem Socialdemokraten Fritzsche oder dem Fortschrittler Zelle ihre Stimme geben sollten. Herr Fritzsche erläuterte in längerer Rede sein Programm und erntete großen Beifall. Es wurde fast einstimmig beschlossen, daß jeder Wähler für Fritzsche zu stimmen habe. (Sehr viele Weber haben bei der Hauptwahl am 30. Juli für Minister Falk gestimmt und verschiedene Webermeister saßen im sogenannten „Falk-Comité".) Es entspann sich dann noch eine Debatte über Arbeitsnachweis, und da man hier wegen der Frage, ob auch Nichtweber mit an der Debatte theilnehmen könnten, in ziemlich heftige Meinungsdifferenzen gerieth, wurde die Versammlung von dem überwachenden Polizeibeamten wegen zu großen Tumults geschlossen. — Kreisgerichtsrath Klotz hat am Sonntag durch ein Schreiben an den Magistrat von Berlin zur amtlichen Kenntniß gebracht, daß er die Wahl zum Reichstagsabgeordneten im zweiten Berliner Wahlkreise ablehne, dagegen diejenige im sechsten Wahlkreise annehme. — Hagen: Nach dem nunmehr definitiv festgestellten amtlichen Resultate der Stichwahl im hiesigen Wahlkreise wurden 21,450 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Eugen Richter 11,421 Stimmen, Bueck 10,005 Stimmen. 24 Stimmen waren ungültig. Die „Berliner Freie Presse" erklärt mit Befriedigung: „Herr Eugen Richter hat seine Wiederwahl der „rothen und schwarzen Internationale" zu verdanken!" — Hildesheim. Bei der im 10. hannoverschen Wahlkreise stattgehabten engeren Wahl hat, soweit das Ergebniß bis jetzt bekannt ist, Senator Römer (nat.-liberal) 9795, Gutsbesitzer Dröge (Centr.) 8006 Stimmen erhalten; aus 12 Wahlbezirken liegt das Wahlresultat noch nicht vor, indeß kann durch dasselbe das bisherige Ergebniß in der Hauptsache nicht geändert werden und ist daher Römer als gewählt zu betrachten. — Stettin: Bei der Stichwahl im hiesigen Wahlkreise erhielt, soweit bis jetzt festgestellt ist, Delbrück 5571 und Oberlehrer Schmidt (Gruppe Loewe) 4077 St. Aus einem Bezirke fehlt die Stimmenzahl noch, doch wird durch dieselbe das Gesammtresultat nicht geändert.

Etwas mehr Licht klärt nun doch das Heildunkel der Kissinger Verhandlungen. Für die Beurtheilung des Charakters und der Ziele derselben giebt nachstehende Mittheilung der „Straßburger Zeitung" einigen Anhalt. Das „officiöse" Blatt schreibt nämlich:

„An der Forderung, daß die päpstlichen Oberen keine Ernennung vollziehen, ehe die Benennung des Candidaten bei der Regierungsbehörde erfolgt ist, hält die preußische Regierung, wie uns aus Berlin gemeldet wird, unter allen Umständen fest; die thatsächliche Befolgung dieser Vorschrift wird als erste Vorbedingung weiterer Verhandlungen betrachtet. Ob man aus der Dauer der Anwesenheit des päpstlichen Nuntius in Kissingen schließen darf, daß die Curie ein Verfahren, welches sie in Elsaß-Lothringen und anderen deutschen Staaten für gestattet erachtet, auch eventuell in Preußen zulassen will, mag vorsichtshalber dahingestellt bleiben. Wahrscheinlich aber ist es, daß die vertraulichen Verhandlungen in Kissingen den Zweck haben, in vorläufiger Weise die Folgen zu erörtern, welche die Erfüllung der bezeichneten Voraussetzung seitens der Curie nach sich ziehen würden. Officiell wird, wie wir erfahren, die preußische Regierung in diese Erörterungen erst eintreten, wenn die päpstliche Curie durch Anweisungen an den Clerus, welche der oben bezeichneten Vorschrift des Gesetzes genügen, den ersten Schritt zu einer Beilegung der bestehenden Differenzen zwischen Staat und Kirche gethan haben wird. In unterrichteten Kreisen wird hinzugefügt, daß unter der bezeichneten Voraussetzung die preußische Regierung in die Erwägung der Frage eintreten werde, ob und welche Modificationen der Bestimmungen der neueren kirchenpolitischen Gesetzgebung des preußischen Staates als zulässig zu erachten sind. Die Erwägungen aber werden, wie wir bestimmt versichern können, unter Mitwirkung des Cultusministers Dr. Falk gepflogen werden, wie auch die jetzt in Kissingen stattfindenden Besprechungen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem päpstlichen Nuntius in München in vollem Einverständniß mit Herrn Falk vor sich gehen. Die Auffassung, daß der jetzige Cultusminister auch nicht ein Jota an jenen Gesetzen ändern könne, daß die Voraussetzung für die Anbahnung eines modus vivendi zwischen Preußen und der Curie der Rücktritt des Herrn Falk sei, ist um so unverständlicher, als es doch ein öffentliches Geheimniß ist, daß der Cultusminister eine Reihe von verschärfenden Bestimmungen der Maigesetze nur auf Andringen des Fürsten Bismarck aufgenommen hat. Daß die Ultramontanen und ihre Gesinnungsgenossen im protestantischen Lager von dem Rücktritt des Herrn Falk sprechen, weil sie denselben im Interesse ihrer Sache wünschen, begreifen wir sehr gut; keineswegs aber, daß man auch in einem Theile der liberalen Partei es als selbstverständlich ansieht, daß mit dem Aufhören des Culturkampfes der Cultusminister die Leitung dieses Ressorts, sowie diejenige des Unterrichtswesens einem Herrn von Schelling oder irgend einem anderen Gesinnungsgenossen des Herrn von Mühler überlassen müsse. Zu dieser pessimistischen Auffassung liegt unserer Ansicht nach keine Veranlassung vor.

Wir bemerken dazu, daß das Straßburger Regierungsblatt wiederholt zu hochofficiösen Mittheilungen benutzt worden ist.

Nuntius Masella, der noch immer in Kissingen weilt, hat sich einem Correspondenten der Kölnischen Zeitung gegenüber betreffs seiner Verhandlungen mit dem Fürsten Bismarck in folgender Weise ausgesprochen:

Gang, Stand und Endziel seiner Unterredungen mit dem Fürsten Bismarck schon jetzt zu veröffentlichen, sagte er, sei unmöglich. Er würde ein schlechter Diplomat sein, wenn er sich durch irgend welche Beweggründe zu einem solchen Schritt verleiten ließe. Es seien zahlreiche Geistliche aus den entlegensten Theilen Deutschlands angekommen, um zu erfahren, ob endlich Aussicht auf eine Beilegung des Kirchenzwistes vorhanden. Alle diese habe er empfangen, ohne einen von ihnen zufriedenstellen zu können. Wenn daher auch ein Bischof vor ihm säße — es sei dies noch neulich der Fall gewesen — so würde er doch weder diesem noch Herrn Majunke von der Germania gegenüber weniger schweigsam sein. Es stehe ja indessen bald sowohl seine eigene wie des Fürsten Bismarck Abreise von Kissingen bevor und alsdann werde seiner Ansicht zufolge wahrscheinlich kein Grund mehr vorliegen, den Gegenstand ihrer Unterredungen zu verheimlichen. Man möge indessen im Publicum die Thatsache festhalten, daß officielle Verhandlungen in Kissingen gar nicht stattgefunden hätten. Fürst Bismarck habe den Wunsch zu erkennen gegeben, mit einem Vertreter der Curie, er habe vielleicht besonders den Wunsch zu erkennen gegeben, mit ihm, Masella, in Verbindung zu treten; so habe man sich gegenseitig besucht, man habe sich gegenseitig gefallen, wie es scheine, und es sei ein ziemlich reger Verkehr entstanden. Ihm (Masella) sei dieser Verkehr recht angenehm gewesen, weil er gerade eine Cur in Kissingen habe gebrauchen müssen. Und da man sich nun gegenseitig besser kennen gelernt habe, als dies vordem der Fall war, da man ferner erkannt habe, daß der beiderseitige Standpunct durch eine schmalere Kluft getrennt werde, als früherhin angenommen wurde, da zudem Fürst Bismarck die persönlichen